

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 148

Donnerstag, den 26. Juni 1924.

48. Jahrgang

Fünf Akte einer Tragödie.

Ein Rückblick von Dr. Friedrich Everling, M. d. R.

Das Schauspiel der Regierungsbildung, an dessen Ende dieselben Männer in denselben Rollen wiederkehrten, würde man zu anderer Zeit vielleicht eine „Komödie des Parlamentarismus“ genannt haben, heute, wo es sich um die Sachverständigenautachten handelt und damit um Leben und Zukunft unseres Volkes, erscheint sie uns als eine Tragödie, deren fünf Akte hier in Stichworten rekapituliert seien.

Der erste Akt beginnt mit den Wahlen am 4. Mai. Diese entschieden gegen die Regierung Marx — Stresemann und den Kurs ihrer Politik. Eine sofortige Demission wäre das Selbstverständliche gewesen. Eine Kursänderung die weiter notwendige Folge. Am 6. Mai aber faßte das Kabinett Marx — Stresemann den Beschluß, trotz Volkswillen und Wahlergebnis auf dem Sessel zu bleiben. Auf eine Aufforderung der Deutschnationalen Volkspartei vom 15. Mai reagierte sie nicht. Erst am 26. Mai, als die Neubestätigung schon feststanden haben mag, erfolgte der Rücktritt. Am 17. Mai ergriff die Deutschnationale Volkspartei die Initiative. Sie lud zu Verhandlungen über die Bildung des Bürgerblocks ein. Sie bewies den Willen, das parlamentarische System von innen heraus zu überwinden, indem sie an Stelle formulierter Forderungen dem Volk zeigte, wonach das Volk verlangt: einen Führer und einen Mann. Darin liegt die Bedeutung der „Tirpitzlösung“. Aber die Angst vor Persönlichkeiten gehört zum überlieferten Wesen der Demokratie. Es war nicht erstaunlich, daß Zentrum und Demokraten Herrn von Tirpitz ablehnten. Bei den Demokraten und ihrer jüdischen Presse, dem Zentrum und der von ihm beeinflussten Reichspressestelle und in der Person des Herrn Stresemann scheinen die Widerstände gegen die Deutschnationale Regierungsbeteiligung gelegen zu haben. Mit der Ablehnung der Tirpitzlösung und des Führergraben endete der erste Akt.

Der zweite Akt beginnt am 22. Mai mit Verhandlungen auf Einladungen der Deutschen Volkspartei, bei denen der Abgeordnete Scholz, eine Persönlichkeit von politischem Rang, sich ehrlich um eine dem Volkswillen entsprechende Regierung bemühte. Man verhandelte nun freilich wieder über Formeln und Programme. Die Annahme des Sachverständigenautachtens als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage war die Formulierung, die von der Deutschnationalen Volkspartei nicht akzeptiert werden konnte. Denn als ihr unverändert festgehaltener Standpunkt zu den Sachverständigen-Gutachten kann folgendes gelten: Eine Ablehnung schlechthin ist zu einer Zeit, wo die wirtschaftliche Lage und die Not der besetzten Gebiete eine Regelung dieser Frage fordern, nicht möglich. Unmöglich und unverantwortlich aber ist die Annahme schlechthin, wie sie von den Erfüllungspolitikern betrieben, und wie sie in jener Formel zum Ausdruck gebracht wird: die Ehrenpunkte, die Beseitigung unerfüllbarer und unerträglichster Belastungen, die Berücksichtigung der Vorbehalte, die Staatsminister Fertat schon in seinem Interview vom 7. Mai als „unverzichtbar“ bezeichnete — das alles kann nur, aber muß auch in Verhandlungen durchgedacht werden. Für ein Volk in unserer Lage ist der Kongressaal das einzige Feld, wo es noch Siege erringen kann. Zu solchen Verhandlungen aber gehören auch Unterhändler, deren Fähigkeit und Festigkeit Vertrauen fordern darf. Diese Auffassungen legte die Deutschnationale Fraktion am 26. Mai auf Grund einstimmigen Beschlusses in einer Antwort nieder, worin der Gedanke der Führerpersönlichkeit den Formeln und Programmen vorangestellt wurde, und worin Verhandlungen über das Sachverständigenautachten, unter Vorbehalt der Entscheidung über schwebende Fragen, verlangt wurde. Damit endete der zweite Akt.

Der dritte Akt. Am 6. Mai endlich demissionierte Herr Marx, um kurz darauf mit neuem Auftrag und offenbar dem alten Programm wiederzukehren. Der Reichspräsident, als Parteimann handelnd und im Widerspruch zu den Gepflogenheiten parlamentarischer Staaten, hatte es nicht für nötig gehalten, den Führer der Rechten, ja nicht einmal eine unbelastete Persönlichkeit zu berufen. Schon daß sie überhaupt in Verhandlungen über ein Kabinett Marx sich einließ, bedeutete eine Selbstenttäuherung für die Deutschnationale Volkspartei, die auch der Gegner anerkennen sollte. Herr Marx führte die Verhandlungen getrennt einerseits mit den Deutschnationalen und andererseits den Parteien der Mitte, die sich inzwischen durch ein außenpolitisches Programm öffentlich gebunden hatten, das die Einigung erschweren konnte, wenn nicht sollte. Die Deutschnationale Fraktion kam denn auch am 30. Mai zu einem wiederum einstimmigen Beschluß, in dem sie unter Hinweis auf die Tirpitz-Lösung erklärte: Da ihr die Verhandlungen mit Herrn Marx eine Kursänderung weder außenpolitisch noch insbesondere in Preußen gewährleisten,

verspräche sie sich von deren Fortsetzung keinen Erfolg. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und damit endete der dritte Akt.

Der vierte Akt, der hier wie in anderen Dramen die Peripetie brachte, begann am 1. Juni. Die deutschnationale Fraktion formulierte ihre Mindestforderungen, unter denen die außenpolitische Kursänderung, die Aufwertung der Kriegsschuldfrage, die Aufwertungsfrage, die Beteiligung am Kabinett entsprechend der Fraktionsstärke und die Regierungsänderung in Preußen eine Rolle spielten. Diese Mindestforderungen kamen in entstellter Form in die Presse, und zwar durch eine Indiskretion, die, ähnlich wie die Veröffentlichung des mittelparteilichen Programms, das Scheitern der Verhandlungen bezweckt zu haben scheint, eine Indiskretion, deren Urheber nicht festgestellt worden ist, die aber von Herrn Marx benutzt wurde, um die Verhandlungen abzubrechen. Er erklärte dabei, daß nunmehr bis zum 3. Juni eine Regierung zustande gebracht sein müsse. So endete der vierte Akt.

Der fünfte Akt beginnt am 3. Juni dieselbe Regierung wie vor dem 4. Mai. Als ob die Wahlen nicht stattgefunden hätten, als ob das Volk sich nicht anders entschieden habe, wurde das Kabinett in der alten Besetzung bestätigt. Die Schwäche dieses Kabinetts zeigte sich in der Regierungserklärung, die das Erfüllungsprogramm entwickelte, aber auf innenpolitische Fragen einzugehen vermied, und in der die Kriegsschuldfrage, mit der das Versailler Diktat steht und fällt, mit keinem Wort erwähnt wurde. Die Schwäche dieses Kabinetts zeigte sich auch darin, daß es die Vertrauensfrage von sich aus zu stellen unterließ und über den trotzdem gestellten Vertrauensantrag mit geschäftsordnungsähnlichen Finten der Koalitionsparteien zur Tagesordnung überging. Das deutschnationale Mißtrauen wurde durch die Rede des Herrn Marx bestätigt, in der er sich zur Kontinuität der bisherigen Außenpolitik, zur fortgesetzten Ministerchaft des Herrn Stresemann und zur Ablehnung einer Einschlussnahme auf preußische Regierungsverhältnisse bekannte, — eine Aenderung dieser Punkte aber war Basis und Bedingung der Verhandlungen gewesen, und die Deutschnationale Volkspartei fand sich in ihrer Ablehnung nunmehr öffentlich gerechtfertigt durch den Beweis, daß sie vier Wochen lang bei den Verhandlungen gefäulicht und irreführt worden ist.

Der Rückblick auf die Tragödie der Regierungsbildung widerlegt die Vorwürfe, die gleichzeitig, obwohl sie einander widersprechen, von den Regierungstreifen und von der Sozialdemokratie, der eigentlich regierenden Partei, gegen die deutschnationale Fraktion erhoben werden. Diese ist weder von ihrem Standpunkt gegenüber dem Sachverständigengutachten abgewichen, um in die Regierung zu kommen, noch auch hat sie es an Entgegenkommen fehlen lassen, um an der Verantwortung, selbst in einem Kabinett Marx, teilzunehmen. Ihre Stellungnahme ist jetzt die schärfster Opposition. Ihr Ziel aber bleibt dabei, eine Regierung zu erzwingen, die dem Willen des Volkes entspricht und die sein gefährdetes Schicksal in fähige und feste Hände nimmt.

Das Ergebnis von Brüssel.

Eine amtliche Mitteilung.

Am Schluß der zweiten Zusammenkunft, die Herriot Dienstag nachmittag in Brüssel mit Theunis und Hymans hatte, wurde eine amtliche Mitteilung ausgegeben, die in der üblichen schwalligen Weise mit vielen Worten die vollkommene Einigkeit (?) feststellt. Die amtliche Kundgebung lautet:

„Der französische Ministerpräsident hat heute mit Theunis, dem belgischen enMinisterpräsidenten, und Hymans, dem belgischen Außenminister, zwei Besprechungen abgehalten. Herriot hat die belgischen Minister über die Unterredung mit Ramsay Macdonald unterrichtet, der zu der Hoffnung berechtigt, daß durch eine enge Zusammenarbeit Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens die Durchführung der Sachverständigenbericht in kürzester Zeit gesichert werde. Der französische Ministerpräsident und die belgischen Minister haben darauf ihre Ansichten über die wichtigsten Punkte ausgetauscht, welche bei der nächsten interalliierten Konferenz zur Sprache gebracht werden. Der Meinungsaustausch zwischen den Regierungen soll die zur Erörterung stehenden Fragen zum Gegenstand einer gründlichen Prüfung machen, damit die Konferenz in London zu bestimmten übereinstimmenden Beschlüssen führen kann. Die Annäherung, die sich zwischen den alliierten Mächten vollzieht und die von den belgischen Ministern in Paris, Mailand und London vorbereitet worden war, erleichtert die Lösung der noch schwebenden Fragen.“

Die Minister haben ihr Augenmerk insbesondere auf den Austausch der Pfänder gerichtet, zu dem geschritten werden soll, nachdem Deutschland alle Verpflichtungen, die ihm durch den Expertenbericht auferlegt werden, erfüllt, ihre Durchführung garantiert und die Ricum-Verträge erneuert haben wird. Die Vertreter der beiden Regierungen haben erneut ihren Willen zum Ausdruck gebracht und die diesbezügliche Erörterung wird auf beiden Seiten fortgesetzt werden. Die Brüsseler Besprechungen waren von einem aufrichtigen Geistesinniger Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens getragen. Sie haben den Eindruck hinterlassen, daß ein ernsthafter Fortschritt verwirklicht worden ist und die nächste Konferenz geeignet sein wird, dem Reparationsproblem zu einer angemessenen Lösung zu verhelfen.“

Die Ruhrbesetzung bleibt!

Paris, 25. Juni. Dem Sonderberichterstatter des „Matin“ erklärte der belgische Ministerpräsident auf die Frage, wann das Ruhrgebiet militärisch geräumt werden würde:

Man sieht für später eine Abänderung des Charakters der Besetzung nach einem von General Degoutte im Auftrag Poincarés ausgearbeiteten Plan vor, wenn Deutschland bezahlt.

Unter Zahlen verstehen wir, daß nicht nur die von Deutschland unterzeichneten Bonds und Obligationen uns überliefert werden, sondern, daß diese Titel auch durch einen befriedigenden Beginn der Placierung vollkommen marktfähig geworden sind. Die Ausbeutung des Ruhrgebietes hört auf, wenn durch restlose Inkassierung des Sachverständigenberichts Pfänder, die wir in Händen halten, in allgemeine Pfänder des Deutschen Reiches umgewandelt worden sind. Wir werden alle im Sachverständigenbericht vorgesehenen Garantien fordern und dazu noch politische Garantien, die durch ein vorangegangenes Einverständnis zwischen den Säubigerregierungen gegründet werden sollen. Wir werden nichts annehmen, was einer Erneuerung des Versailler Vertrages (!) ähnlich sieht. Es wird „lediglich“ ein Protokoll zur Fixierung der uns durch den Sachverständigenbericht eingeräumten und über den Versailler Vertrag hinausgehenden Vollmachten aufgesetzt werden. Hinsichtlich der Kontrolle der strategischen Linien wird man absolut fest bleiben.

Die „Entwaffnung“ Deutschlands wird mit Strenge fortgesetzt werden! Die Rolle des Völkerbundes wird später darin bestehen, dem Sicherheitspakt zwischen Frankreich und Belgien einen internationalen Wert und einen internationalen Rahmen zu geben.

Paris, 25. Juni. „Havas“ berichtet aus Brüssel zu den französisch-belgischen Besprechungen, für Frankreich seien u. a. auch kommerzielle Garantien unerlässlich. Deutschland müsse nicht nur den im Sachverständigen-Plan vorgesehenen Organen die Obligationen und Aktien der Internationalen Eisenbahngesellschaft und die Industrie-Obligationen übergeben, sondern diese Werte müßten auch so flüssig gemacht werden können, daß sie den Alliierten eine unmittelbare finanzielle Unterstützung von größerem Umfang böten. Erst dann, wenn Deutschland die sehr mäßigen (!!) Bedingungen der Botschafterkonferenz unterzeichnet habe, könne die Kontrolle dem Völkerbund überlassen werden, wie es der Friedensvertrag vorsehe. Man habe Anlaß zu der Hoffnung, daß die in Chequer von Macdonald und Herriot aufgesetzte französisch-englische Note die deutsche Regierung veranlassen werde, den ihr auf dem Wege der Militär-Kontrolle gestellten Forderungen nachzukommen. Andererseits müsse im Hinblick auf die Sicherheit der Besatzungstruppen ein Spezial-Kontroll-System auf den rheinischen Eisenbahnen organisiert werden.

Es dümmert.

Berlin, 25. Juni. Den biedereren Erfüllungs- und Besetzungspolitikern hier und in ganz Deutschland sind wieder einmal einige politische Seifenblasen zerplatzt. Die außenpolitische Entwicklung seit der Ernennung Herriots zum französischen Ministerpräsidenten über die Konferenz von Chequers und bis zur Konferenz von Brüssel hat nämlich — und das wird jetzt auch allmählich denen klar, die nicht daran glauben wollten, — einen ganz anderen Gang angenommen, als man in den der Regierung nahestehenden Kreisen erwartete. Die Zeichen mehren sich, daß man jetzt auch in diesen Kreisen einzusehen beginnt, daß namentlich die Garantieforderungen Herriots und das Ergebnis von Brüssel auf eine wesentliche Verschärfung der Situation hinauslaufen! Herriot hat nach übereinstimmenden Zeugnissen der gesamten französischen Presse erklärt, daß von den Bahnen des Ruhrgebietes drei Linien in der strategischen Kontrolle der Entente bleiben müßten, daß die gegenwärtige Ueberwachung und die Besetzung der Brückenköpfe beibehalten werde und daß —

der wichtigste Punkt von allem! — die Räumung der Ruhr erst dann beginnen soll, wenn die Industrieobligationen untergebracht sind. Daß alle diese Forderungen Herrriots einerseits über das Sachverständigen-Gutachten hinausgehen, andererseits den Voraussetzungen widersprechen, an die die deutsche Regierung die Antragsstellung des Gutachtens seitens Deutschlands geknüpft hat, scheint auch allmählich den verbittertesten deutschen Demokraten oder Regierungspolitikern herauszubämmern. Ein Blick in die Berliner Presse des heutigen Tages läßt klar erkennen; selbst in der demokratischen Presse sind die begeistert enjubelnden Gerichte über Herrriots verstummt! Die bestellten optimistischen Berichte aus Paris und London bleiben aus, und die Kritiker über Brüssel und die letzte Entwaffnungsnote sind nach der sachlichen Seite von einer peinlich-schüchternen Zurückhaltung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Juni.

In der heutigen Reichstagsitzung gab Präsident Ballraf die Zusammenfassung der ständigen Ausschüsse bekannt. Große Aufregung verursacht die Mitteilung, daß der Kommunist Rat zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gewählt ist.

Diese Wahl ist erfolgt, nachdem der Abg. Ras ausdrücklich die Erklärung abgegeben hatte, daß er die Geschäftsordnung des Reichstages beachten werde. In 3. Lesung werden ohne Aussprache verabschiedet: Das deutsch-polnische Abkommen über den ober-schlesischen Grenzbezirk, das abgeänderte Quartier-Leistungsgefeß und die Neuregelung der Straßungsordnung.

Beamtenfragen.

Auf der Tagesordnung stehen dann 31 Anträge und Interpellationen betr. die Beamtenbesoldung und Dienstverhältnisse. Das Haus beschließt, daß von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll und daß die Redezeit auf eine halbe Stunde begrenzt wird.

Abg. Morath (D. Vp.) berichtet über die Verhandlungen des Hauptauschusses. Dieser hat einen Antrag angenommen, wonach die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zur Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen I—IV verwendet werden sollen. Ferner sollen allgemein für alle Beamten-Gruppen Erhöhungen der Kinderzulagen und der Frauenzulagen erfolgen.

Abg. Schmidt-Stettin (Deutsch.) erklärt sich mit den Ausschlußanträgen einverstanden und hebt besonders die Wichtigkeit der Erhöhung der sozialen Zulagen hervor. Der Redner wünscht Wiedereinstellung der Wartegelbempfänger und dafür weitere Entlassungen von Angestellten. Es müsse größte Rücksicht genommen werden auf Besoldungsberechtigte und Kriegsbeschädigte. Notwendig sei die baldige Aufhebung der Urlaubbeschränkungen sowie die Verlängerung der Arbeitszeit. Das Pensionswesen müsse einer gründlichen Reform unterzogen werden.

Abg. von Guertard (Ztr.) findet die Erörterungen über die Beamtenfragen im Reichstag bedauerlich. Dadurch werde nur die Mißstimmung anderer Bevölkerungsschichten gegen die Beamenschaft geweckt. Das Zentrum beantragt die Kodifizierung des gesamten Beamtenrechts. Der Redner wünscht eine öffentliche Erklärung der Regierung, daß mit dem Personalabbau jetzt Schluß gemacht werde.

Abg. Eichhorn (Komm.) begründet einen Antrag, der den Ausschlußantrag ändern will, daß die unteren Gehaltsgruppen I—VII und die Gruppen über 13 befreit werden und die Besoldung mit den Sätzen der Gruppe 8 beginnen soll. (!)

Abg. Rahl (Nat.-Soz.) erklärt, die Freiheit der Beamenschaft sei noch nie so geknechtet worden, wie in dem republikanischen Deutschland. Der Redner behauptet, daß in erster Linie völkische Beamte abgebaut würden. Herr Sebering scheine in Preußen eine besondere Praxis zu befolgen. So habe er den früheren U-Bootführer Mäuser nach Essen verlegt. Da Mäuser auf der Auslieferungsliste steht, kann man sich vorstellen, was eine solche Verlegung zu bedeuten hat. (Pfeif-Rufe bei den Nat.-Soz.) Demgegenüber ist der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Osteroth zum Verwaltungsdirektor und ein ehemaliger Matrose zum Regierungsrat befördert worden. (Hört, hört!) Dabei wird die frühere Betätigung sogar als ein Dienstjahr angerechnet! Man behauptet sogar, daß auch Zuchthausstrafen in dieser Weise angerechnet werden sind. (Heiterkeit.)

Nachdem noch verschiedene Redner gesprochen hatten, vertagt sich das Haus auf Donnerstag 10 Uhr. Es soll die Abstimmung über die Beamtenanträge, sozialpolitische Anträge und die sozialdemokratische Interpellation erfolgen.

Preussischer Landtag.

Berlin, 25. Juni.

Zu Beginn der heutigen Landtagsitzung wurde ein Antrag auf Einsetzung eines einstweiligen Unterausschusses zur Prüfung der Geschäftsordnung des seitherigen Leiters der Porzellanmanufaktur Dr. Schneider beschlossen. Bei der sodann beginnenden Aussprache über den Haushalt der Porzellanmanufaktur kam es zu lebhaften Erörterungen über die schwebenden Angelegenheiten, die mit der Tätigkeit des Direktors der Porzellanmanufaktur Dr. Schneider zusammenhängen.

Im Verlaufe der Aussprache verwarnte sich Handelsminister Tiering dagegen, daß er den Direktor gewählt habe, weil er einer gewissen Richtung angehöre. Dr. Schneider sei vielmehr auf Anraten hervorragender Männer des Wirtschaftslebens berufen worden, die der Volkspartei näher ständen als dem Ministerium.

Angenommen wird der Antrag, den Handelsminister zu beauftragen, den Revisionsbericht der Oberrechnungskammer über die Porzellanmanufaktur dem Landtag vorzulegen. — Der Etat selbst wird darauf angenommen.

Bei der zweiten Beratung des

Zustizhaushalts

geht Justizminister Am Rehnhoff auf die Neuregelung in der Justiz auf Grund der Verordnungen der Reichsregierung näher ein. Danach liegt der Schwerpunkt der Strafrechtspflege bei dem Schöffengericht und bei dem Amtsrichter als Einzelrichter. Die Verschiebung der Zuständigkeit hat eine wesentliche Entlastung der Landgerichte und damit die Gefahr zur Folge gehabt, daß Richter bei Landgerichten nicht voll ausgenutzt werden können. Aus diesem Grunde hat die Verordnung vorgeesehen, daß ein Richter zugleich Amtsrichter und Direktor oder Mitglied bei dem übergeordneten Landgericht sein kann.

Nachdem dann noch zwei Regierungsvertreter gesprochen hatten, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag, 12 Uhr vertagt.

Der Fall Graff.

Die belgischen Justizmethode.

Der Zeuge Bartschel, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, da gegen ihn ein Landesverratsverfahren schwebt, war seinerzeit unter dem falschen Namen Erbe in die Hamborner Schutzpolizei eingetreten und hat für die Franzosen Spionagedienste geleistet. Zeuge erklärt, daß er im Juni 1923 mehrmals Gelegenheit hatte, auf ein französisches Gerichtsbureau zu kommen, wo er eines Tages Akten in der Mordsache Graff fand. Interessiert habe er einen Aktenbündel in die Hand genommen. Hier fiel ihm ein Brief in die Hände, der die Unterschrift Max Laptes trug und in dem angegeben wurde, daß Reinhardt am Vorabend nicht bei der Familie des Majors Moos gewesen sein konnte, sondern mit Rieble und Dömland im Cafe Heckmann gewesen sei, und sich dort umgezogen hätte. Zeuge fand in den Akten noch einen zweiten Brief mit der Unterschrift Max Lehmann, dem aber dasselbe Bild wie das des Laptes beigeigelt war. Zeuge erzählt, daß er das Aktenstück dann mit in das Hotel genommen habe und an Hand des Wörterbuchs ein französisches Protokoll übersezt hätte. Die Beschreibung, die der Zeuge von dem Bild gibt, stimmt tatsächlich mit dem damals bei der Hamborner Schutzpolizei im Dienst befindlichen Leutnant Lehmann überein, der mit Leutnant Reinhardt intim befreundet war.

Der weier als Zeuge vernommene frühere Schupo-Beamte Kückler, der an dem Mordabend mit dem in Aachen verurteilten Schupo-Beamten Klein Dienst gehabt hatte, erklärt, daß er zur fraglichen Zeit mit Klein auf der Straße gewesen sei und betont, daß er nach seiner ersten Vernehmung vor den Belgiern dieselben Angaben gemacht habe. Dabei hätten ihn die Belgier gedroht, er würde sofort ins Zuchthaus gesteckt werden, wo er „verdorren“ könne, wenn er nicht die Wahrheit sage. Darauf wurde ihm der Schupo-Beamte Klein gegenübergestellt, der behauptete, daß Klein mit Klaus zusammen im Cafe Heckmann gewesen sei. Schließlich habe er das von den Belgiern aufgesetzte

falsche Protokoll unterschrieben.

Als Zeuge aus der Haft entlassen wurde, hatte er auch eine Unterredung mit Leutnant Reinhardt, der ihn bat, seiner Frau einen Gruß auszurichten und ihm im übrigen erklärte, daß er sich für seine Frau geopfert habe, da man gedroht hatte, Frau und Kind einzusperren. Zeuge hat dann bei einer eidlichen Vernehmung vor den Belgiern in Duisburg, wie er erklärt, unter dem Eindruck der Erlebnisse in Aachen seine unterschriebene Aachener Aussage bestätigt, während er dann später vor einer deutschen Gerichtskommission seine erste Darstellung wiederholte.

Der frühere Schupo-Beamte Sauts war von den Belgiern auf Grund eines anonymen Schreibens eines Zuchthaussträfers schon im Juli verhaftet worden unter dem Verdacht des Mordes. Als sich diese Anklage nicht halten ließ, behielt man ihn da unter dem Verdacht der Mitwisserschaft und schließlich wegen „politischer Mischgeschäften“. Der Zeuge bestätigt, daß in seiner Hundertschaft bei Beginn der Verhaftungen das Gerücht umging, daß die wirklichen Täter nicht mehr in Hamborn seien.

Die Aussage des Justizrats Jörissen.

In der weiteren Verhandlung im Graff-Prozess wird Hr. Reimann vernommen, ein Mädchen, daß während der Ertüchtung Graffs in der Wirtschaft Roehne in Hamborn tätig war. Die Zeugin sagt, der von den Belgiern als Täter bezeichnete Rieble könne die Tat nicht begangen haben. Rieble sei mit Dömland zusammen in der Wirtschaft Roehne gewesen bis kurz nach Feierabend, 12 Uhr. Beide hätten als letzte Gäste das Lokal verlassen, und zwar in Uniform. Sie können also nicht kurz darauf in Zivil den Belgier Graff erschossen haben. Zeuge Gastwirt Roehne betont ebenfalls, daß Rieble und Dömland bis kurz vor 12 Uhr in Uniform bei ihm gewesen seien. Der Zeuge Ringenberg sagt aus, daß er mit dem Zeugen Eberhardt zusammen ebenfalls zu der fraglichen Zeit Rieble und Dömland in dem genannten Lokal gesehen habe. Die ganze Tragödie der von den Belgiern Verurteilten wird mit der Vernehmung des Justizrats Jörissen aufgelistet. Er ist mit der Sache in Verbindung gekommen, als ihm die Verteidigung der Reinhardt und Genossen von den Belgiern übertragen wurde. Der Zeuge sagt aus:

„Als ich die Angeklagten im belgischen Gefängnis besuchte, bin ich in der Ueberzeugung hingegangen, die wirklichen Täter vor mir zu haben. Leutnant Reinhardt sagte mir aber sofort: „Herr Justizrat, ich weiß von der ganzen Sache nichts, ich bin unschuldig.“ Als Jörissen sich bemühte, von Reinhardt eine Erklärung dafür zu bekommen, wie es möglich sei, daß er ein derartig umfangreiches Geständnis abgelegt habe, erklärte Reinhardt, unter einem moralischen Druck gestanden zu haben. Allmählich kam es heraus, daß er sogar sein Alibi beweisen konnte. Er nannte das Ehepaar Major Moog, das mit ihm zusammen in einem Hause wohnte, und mit dem er noch zur Zeit der Tat an Graff zusammengewesen sei, sowie Frau Reinhardt und das Reinhardt'sche Dienstmädchen. Reinhardt sagte weiter: „Als ich der Wahrheit gemäß leugnete, hielt man mir vor: „Sie wissen doch, daß neun Mann erklärt haben, Sie seien der Urheber der Tat. Wenn die Zeugen, die Sie nennen, Ihren Aufenthalt bezeugen, so, wie Sie ihn jetzt angeben wollen, dann sind diese Zeugen eben Meineidige und werden, wie Sie, sofort verhaftet.“ Als man so auch die Verhaftung seiner Gattin in mögliche Aussicht gestellt hatte, da habe er, Reinhardt, seine Abwehr lieber aufgegeben. Auch die anderen Angeklagten gaben dem Justizrat erklärt, sie hätten es nicht getan.“

In der Stunde höchster Gefahr.

Vor einer Ernährungskatastrophe. — Die Reichsregierung verfährt vollkommen.

Die Führer des Reichslandbundes haben der Reichsregierung mit rüchhaltiger Offenheit die katastrophale Lage der Landwirtschaft dargelegt. Der Reichskanzler erklärte, daß er auch die Wirtschaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt als überaus bedrohlich ansehe. Das war alles! Vergeblich blieben die Forderungen des Landbundes, die ja von den Deutschnationalen schon wiederholt mit aller Schärfe erhoben

worden sind; es geschieht nichts Ernstliches! Konnte doch der Reichs-Landbund als Ergebnis der Besprechung festgestellt werden, daß es nicht dazu angetan sei, die im Lande vorhandene und berechnete Erregung zu beschwichtigen und die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten.

Trotzdem hat dann der Reichs-Landbund, eingedenk seiner hohen Verantwortung, nochmals folgendes Schreiben an den Reichskanzler Marx gerichtet:

In Bestätigung unserer mündlichen Ausführungen vom 23. d. Mtz. weisen wir nochmals mit Nachdruck darauf hin, daß die Lage der Landwirtschaft zurzeit so gestaltet ist, daß weite Teile der Landwirtschaft über Mittel irgendwelcher Art nicht mehr verfügen. Die Verkaufsvorräte sind längst aufgebraucht, zum Teil sind die Betriebsvorräte sogar für laufende Ausgaben und zu Schleuderpreisen veräußert worden. Nennenswerte Kredite stehen nicht zur Verfügung, bares Geld ist auch in kleinen Beträgen so gut wie nicht mehr vorhanden. Zahlreiche Betriebe sind schon jetzt nicht mehr in der Lage, ihre Löhne zu zahlen, ein Zustand, der zur Folge haben wird, daß sowohl die Erntearbeiten wie die kommenden Bestellungen durch Niederlegung der Arbeit in weitem Umfange gefährdet werden. Daß in einem solchen Zustand auch noch Steuern und sonstige Lasten von der Landwirtschaft getragen werden können, erscheint völlig ausgeschlossen. In der gesamten Landwirtschaft herrscht eine ungeheure Erregung, da der Landwirt sich nicht mehr zu helfen weiß und den Tag der Subhastation kommen sieht. Es handelt sich hier um Tatsachen, die nicht stillschweigend übergangen oder geleugnet werden können. Die Reichsregierung muß ihnen Rechnung tragen.

Zur Beseitigung der hier dem ganzen Volke drohenden Gefahr hält die Landwirtschaft folgende Maßnahmen für unbedingt und schleunigst erforderlich:

1. Zinslose allgemeine Stundung aller Steuern auf die Zeit bis nach der Hackfruchtenernte ist sofort anzuordnen;
2. es müssen sofort alle Maßnahmen ergriffen werden, die notwendig sind, um gesunde Preisverhältnisse in der Landwirtschaft wieder herzustellen und den Schutz der Ernte zu gewährleisten;
3. sofortige Bereitstellung eines neuen nennenswerten Kredites für die Landwirtschaft und gerechte Verteilung auf alle Besitzgrößen sowie Prolongationen der laufenden Kredite bis zur Hackfruchtenernte.

Zur Beseitigung der ungeheuren und berechtigten Erregung in der Landwirtschaft muß die Regierung ferner folgende Maßnahmen treffen und entsprechende Zusicherungen geben:

Alle Verzugszuschläge und Nachforderungen auf Steuer-schulden aus dem Jahre 1923 sind niederzuschlagen. Bei allen übrigen Steuer-schulden ist die Leistungsfähigkeit des Schuldners mit Rücksicht auf die Weiterführung seines Betriebes zu prüfen und gegebenenfalls Stundung oder Erlass zu gewähren.

Die Vermögensveranlagung ist zur Vermeidung der jetzt zweifellos bestehenden Sonderbelastung der Landwirtschaft auf Grund eines neuen und richtig zu ermittelnden Mehrertragswertes durchzuführen und die Entwertungsabschläge den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen.

Sofortige Ermäßigung der Umsatzsteuer und Beseitigung der Bevorzugung ausländischer Produkte bei der Umsatzsteuer. Bei verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten (z. B. Mehl) muß ein Ausgleich gegenüber den inländischen Produkten geschaffen werden.

Bindende Erklärungen der Regierung, daß sie bei der kommenden Neugestaltung des Einkommensteuergesetzes für die Landwirtschaft eine Sondersteuer oder besondere Art der Besteuerung im Verhältnis zu anderen Erwerbszweigen nicht beabsichtigt. Auch sind Vorschriften zu erlassen, welche den kleinen wie den großen Landwirt einander gleichstellen und ihre Besteuerung nach dem Wirtschaftsjahr sicherstellen.

Gegen die Ueberzölle der Länder gegenüber der Landwirtschaft auf steuerlichem Gebiet (Grundsteuer, Hauszinssteuer, Zugtiersteuer usw.) ist seitens des Reiches einzuschreiten.

Die Regierung muß klar und unzweideutig erklären, daß die Besteuerung der Landwirtschaft da ihre Grenze findet, wo die Leistungsfähigkeit des Betriebes aufhört und eine Lähmung der Produktion eintritt.

Nur wenn diese vorstehend angedeuteten Forderungen durchgeführt werden, halten wir es für möglich, daß die landwirtschaftlichen Betriebe aller Größen, auf denen die Ernährung des deutschen Volkes beruht, fortbestehen können. Bei Beibehaltung der jetzigen zu einer Erdrosselung der Landwirtschaft führenden Politik, auch nur auf kurze Zeit, müssen wir der Reichsregierung die Verantwortung für die kommende Katastrophe überlassen. Wir haben in letzter Stunde unsere warnende Stimme erhoben.

Daraus geht mit unerschütterlicher Deutlichkeit hervor, wozu uns „Erfüllungspolitik“ im Verein mit unsinniger Steuerpolitik bereits jetzt gebracht haben: An den Rand einer Ernährungskatastrophe, die in ihren Auswirkungen nicht unheilvollster Bedeutung sein würde. Dahin darf es nicht kommen! Denn was nützt es der Landwirtschaft und dem deutschen Volk, wenn der Reichsregierung die volle Verantwortung für alles Kommende zugeschoben wird? Es muß unbedingt sofort alles geschehen, um der Katastrophe zu begegnen. Weiß die Reichsregierung bessere Wege, als die von den Vertretern der Landwirtschaft wie von der deutschnationalen Volkspartei vorgeschlagenen zu diesem Ziel? Rein! Sie weiß sie nicht; der Reichs-Landbund hat dies ausdrücklich feststellen müssen, Danach ist es ihre unbedingte Pflicht, sofort die Mittel zur Anwendung zu bringen, die ihr von der Organisation gezeigt worden sind! Jeder Tag, der hier verströbt wird mit Beratungen und Erwägungen, bedeutet einen Schritt näher zur Katastrophe. Die Ernte steht vor der Tür. Es muß ungefümt gehandelt werden.

Die Empörung der Bauernschaft.

Hannover, 25. Juni. Die Landwirte des G. i. d. s. h. des hielten in Leinesfelde eine große Versammlung ab, in der die Lage der Landwirtschaft eingehend gewürdigt und scharfester Protest gegen die Steuerpolitik eingeleitet wurde. Die große Erregung steigerte sich bei verschiedenen Rednern bis zu Butausbrüchen. Es wurde die Einrichtung von Bauernbataillonen gefordert. Nach Annahme einer Entschließung wurde ein Ausschuß gewählt, der in Berlin bei den zuständigen Stellen energisch vorstellig werden soll.

Deutsches Reich.

Neuzeitliche Verlängerung der Mietverträge? Wie die Düsseldorf Nachrichten hören, ergibt sich die Notwendigkeit, die Mietverträge zwischen Mietern und Miethäusern, welche bis Ende Juni laufen, abermals über diesen Zeitpunkt hinaus zu verlängern, da nach Lage der Dinge eine endgültige Regelung der Reparationsfrage innerhalb der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich sein wird. Die Entscheidung, die grundsätzlich wohl schon feststeht, wird Ende dieser Woche fallen. Voraussichtlich wird sie eine Verlängerung des Mietvertrages auf Grund der Beschlüsse vom 15. Juni mit einer Dauer von zwei bis vier Wochen bringen.

Der Beamtenabbau. Der Reichstagsausschuß für Ueberwachung des Personalabbaues ermächtigte die Reichsregierung, unbefristete und nicht dringende Stellen im Haushalt abzusetzen und in den Reichsressorts, in denen die durch Verwaltungsvereinfachung mögliche Personalverminderung noch nicht erreicht ist, jede zweite freiverwendende Stelle nicht zu besetzen und dringende notwendigen Nachschub für Beamte nicht durch neue Einstellung von Beamtenanwärtern, sondern lediglich durch leistungsfähige abgebaute Beamte aller Reichsressorts vorzunehmen.

Personalverhältnis bei der Gesellschaft „Deutsche Eisenbahn“. Einer Korrespondenzmeldung zufolge wird dem Reichstag in diesen Tagen ein Gesetzentwurf über die Regelung der Personalverhältnisse bei der Gesellschaft „Deutsche Eisenbahn“ zugehen. Die rechtlichen und Personalverhältnisse werden danach durch Gesetz und durch die von der Gesellschaft zu erlassende Personalverordnung geregelt. Die Reichsbahnbeamten sind unter Vorbehalt von Widerruf und Kündigungen auf Lebenszeit eingestellt. Beförderung, Bartegel, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung regelt die Personalverordnung, desgleichen Urlaube und Arbeitszeit. Die Reichsbahnbeamten haben zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Gesellschaft die gleichen gesetzgebenden Rechte und Pflichten, wie die Reichsbeamten gegenüber der Reichsverwaltung. Die Gesellschaft übernimmt die im Dienste der deutschen Reichsbahn vorhandenen Angestellten und Arbeiter mit den bestehenden Rechten und Pflichten. Den Reichsbahnbeamten werden an Besoldung, Bartegel, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung die Ansprüche gewährt, die sie als Reichsbeamte hatten.

Ein „Schwedischer“ Schiedsrichter. Die Reparationskommission teilt in einem Kommuniqué mit, daß der Organisationsausschuß für die industriellen Hypotheken nach § 5, Absatz 5, des Sachverständigenberichts beschlossen hat, Herrn Markus Weilenberg von der Enskilda-Bank in Stockholm zu seinem 5. Mitgliede zu ernennen. Markus Weilenberg hat sich bereit erklärt, an den Arbeiten des Ausschusses teilzunehmen und wird Ende dieser Woche in Paris eintreffen, wo der Ausschluß bekanntlich seit ungefähr 14 Tagen tagt.

Bauernhochschulbewegung des Reichslandbundes.

Auf Einladung des Reichs-Landbundes waren im großen Sitzungssaale des Berliner Bundeshauses die Vertreter und Freunde des Bauernhochschulgedankens zusammengetreten, um die Grundlage für eine besonders nachdrückliche Förderung der Bewegung zu schaffen. An der Tagung nahmen auch Vertreter der Schirmherrschaft der Bauernhochschule Dresden-Bellerau teil. Als Ergebnis wurden Richtlinien anerkannt, nach denen die Landbundorganisation ihre künftige Bauernhochschularbeit praktisch betreiben wollen. Der wichtigste Teil der Richtlinien lautet:

Der Reichs-Landbund sieht die Bauernhochschulbewegung als wertvoll und notwendig für die deutsche Landwirtschaft, für das deutsche Landvolk und das deutsche Vaterland an, soweit sie sich zu dem Ziele bekennt, charakterfeste, willensstarke und erteilungsfähige Persönlichkeiten auszubilden, und zwar auf der bewährten Grundlage des Christentums und des Deutschtums, und ein en Nachwuchs an Führern heranzuziehen, der imstande ist, innerhalb der deutschen Landwirtschaft Eigenart des deutschen Landvolkes so zu bewahren und zu fördern, daß das deutsche Bauerntum seiner Bedeutung im Volksganzen entsprechend mehr als bisher für die Arbeit am deutschen Vaterlande befähigt wird. Die Bauernhochschule soll, ohne parteipolitische und dogmatische Bindung, unser Landvolk geistig und sittlich bodenständig und wurzelfest machen und alles von ihrer Arbeit ablehnen, was geeignet sein könnte, das deutsche Landvolk zu entwurzeln und zu verwirren. Durch die Worte „Christentum und Deutschtum“ soll das Bekenntnis zu einer deutschen Frömmigkeit nicht ausgeschlossen sein.

Berlin. Der Reichslandbund teilt mit: Die Schirmherrschaft der Bauernhochschule Dresden-Bellerau ladet alle Freunde des Bauernhochschulgedankens für den 1.—3. Juli zum 4. Germanischen Bauernhochschultag nach Meissen a. d. Elbe ein.

Stadt. Kreis. Provinz.

Polizeibericht. In der Woche vom 16. bis 22. Juni gelangten von der Schutz- und Verwaltungspolizei 58 Personen zur Anzeige, und zwar 24 wegen Fahrens mit Fahrzeugen bzw. Handwagen auf Promenaden, 6 wegen Trunkenheit und Unfalls, 5 wegen Uebertretung der Verordnung betr. den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, 4 wegen Bettelns und Landstreichens, 4 wegen Umherlaufenlassens von Hunden, 4 wegen Rauchens in städtischen Anlagen, 3 wegen Fahrens mit Fahrzeugen und Fahrrädern auf der falschen Straßenseite (links statt rechts), 2 wegen Angells ohne Erlaubnis, 2 wegen Uebertretung der Verordnung betr. Arbeitsruhe im Freizeigewerbe, 2 wegen Obdachlosigkeit, 1 wegen Angabe eines falschen Namens und 1 wegen Abgabe von Angellscheinen ohne Erlaubnis. — Von der Wucherpolizei wurde 1 Person wegen Vergehens gegen die Verordnung über Preisverzeichnisse zur Anzeige gebracht.

Prämienstiechen der Bürger-Schützengilde. Bei dem Prämienstiechen der Bürgerschützengilde errangen von 70 57 Ringen, Kaufmann Kurt Steingraber, Kaufmann Ernst Wagner mit je 56 Ringen, Rentier August Gehrl mit 55 Ringen, Dentist F. Hartmann mit 54 Ringen, Uhrmacher Otto Schlotte, Schmiedemeister M. Stein, Sattlermeister Fritz Gehrl mit je 53 Ringen, Kaufmann Fritz Albrecht, Urma-

hermeister Ad. Müller, Viehhändler A. Mowes, Bäckermeister H. Wilde, Rentier F. Conrad mit je 52 Ringen, Restaurateur J. Kose, Maurermeister Papenfuß mit je 51 Ringen.

Die Freilicht-Festspiele müssen der ungünstigen Witterung wegen im Schützenhause stattfinden. Siehe Anzeige.

Geschäftsaufsicht im Gerücht und in Werkschicht. Für Gerichte, wie sie in schwierigen Zeiten stets einen fruchtbareren Boden finden, bietet jetzt die Geschäftsaufsicht einen Anlaß zu Uebertreibungen, welche bisher nur durch den Mangel der Öffentlichkeit des Verfahrens möglich geworden sind. Die neueste Aenderung der Verordnung gibt der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Köslin zu Stolp i. Pomn., welcher die Amtsgerichte fortlaufend Mitteilung über die von ihm engewährte Geschäftsaufsicht zu machen haben, Veranlassung, festzustellen, daß zur Zeit im gesamten Regierungsbezirk Köslin nur 7 (sieben) Firmen unter Geschäftsaufsicht stehen. Es sind dies in Köslin: Paul Brandt, Max Reiß, in Seidel: Paul Kochante, in Stolp: Deder und Blau, Mar Gottschalk, Alwin Schlüter, Heinz Ziegler. Es ist zu hoffen, daß diese Mitteilung dazu beiträgt, dem weit verbreiteten Mißtrauen zu begegnen und die Gesundung im Wirtschaftsleben anzubahnen.

Eine Schonfrist für die Gewerbesteuer. Für Vorauszahlungen der Gewerbesteuer nach dem Ertrage, sowie für die Vorauszahlung der Reichseinkommen- und Reichskörperschaftsteuer ist mit Rücksicht auf die Tatsache, daß für diese durch die zweite Steuernotverordnung des Reiches eine Schonfrist festgesetzt worden ist, von dem preussischen Minister des Innern und dem Finanzminister, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, für die am 10. jeden Monats bzw. am 10. des ersten Monats des Vierteljahres fällige Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer nach dem Ertrage eine Schonfrist von einer Woche bestimmt worden. Wird die Vorauszahlung innerhalb dieser Woche geleistet, so darf ein Verzugszuschlag nicht erhoben werden.

Luftpostpakete nach Rußland. Seit dem 25. Juni können gewöhnliche Pakete nach Rußland und Sibirien auch mit der Luftpost-Linie Königsberg (Pr.)—Moskau — versandt werden. Die Sendungen dürfen nicht mehr als 5 Kilo wiegen und in keiner Ausdehnung 60 Zentimeter überschreiten. Gesamte Beförderungsdauer Berlin—Moskau 22 Stunden. Der mit der Luftpost zu erzielende Zeitgewinn gegenüber der gewöhnlichen Beförderung nach Rußland ist bei Paketen noch bedeutend größer als im Briefverkehr. Die Pakete können für die Beförderung innerhalb Deutschlands auch als „dringend“ aufgegeben werden. Näheres, auch wegen der Gebühren, bei den Postanstalten.

Kastmirsbürg (Kr. Neustettin). Großes Schadenfeuer. Am Sonnabend schlug der Blitzstrahl in eine 80 Meter lange Scheune, Herrn Hübler-Brüden gehörig, und zündete. Die Scheune brannte nieder und es konnte bei dem rasenden Umsichgreifen des Brandes gar nichts gerettet werden. Die Scheune war mit Getreide und Stroh gefüllt. Verbrannt sind u. a. 1200 Zentner Getreide und 1000 Zentner Stroh.

Regenwalde. Ertränkt. — Die Mutter des Bahnbeamten Sch. wurde in der Rega als Leiche aufgefunden. Welche Ursache die 75 Jahre alte Frau zu dem unglücklichen Tode getrieben hat, ist nicht bekannt. — Das Schweinefleisch ist billiger geworden. Die Fleischerinnung ließ durch Aufruf bekanntgeben, daß das Pfund Schweinefleisch 55 bzw. 60 Pfg. koste, eine Stunde später wurde bekanntgegeben, daß es nur 50 Pfg. koste. Wie wir erfahren, handelt es sich um einen Konkurrenzkampf gegen einen Außenseiter. Keiner freut sich mehr über die feindliche, als die Hausfrauen.

Pollnow. Besitzveränderungen. — Gutsbesitzer und Seifenfabrikant Dr. Lohse in Berlin verkaufte sein 1000 Morgen großes Gut Silberhof bei Pollnow an den Buchdruckereibesitzer Dr. Eisner in Berlin, der auch die Pachtung der städtischen Jagd übernimmt.

Phrix. Taten eines Fuchses. — In Lübtow A. hatte vor zwei Jahren ein Fuchs in der Koppel am Blönesee 19 Puten zerissen. Der Fuchs konnte seinerzeit abgeschossen werden. In diesem Frühjahr schoß Gutsförster Roth in 5 Tagen 22 Füchse, alte und junge. Vor 8 Tagen hat wiederum ein Fuchs aus einer Einfriedung am See 72 Gänse zerissen. Der Fuchs wurde von einem Hütelungen gesehen, wie er mit einem Teil seiner Beute entwand.

Treptow a. d. N. Feuer durch Blitzschlag. — Gegen 12 Uhr in der Nacht auf Sonntag ging über unsere Gegend ein schweres Gewitter nieder. Im Dorfe Arnshagen zündete der Blitz und legte die Scheunen der Wünder Bonneh und Kuhfeld in Asche. Dem Umstande, daß fast Windstille herrschte, ist es zu verdanken, daß ein großes Unglück verhütet wurde, da sämtliche anliegenden Gehöfte noch Strohdächer haben.

Stettin. Selbstmord. — Aus Liebeskummer hat sich am Montag spät abends ein etwa 28- bis 30-jähriger junger Mann von hier am Wiegandweg bei Lindenhof erschossen.

Uedermünde. Von der Kreisparafasse wird mitgeteilt: Der Leiter und Angestellte der Zweigstelle Ferdinandschhof der Kreisparafasse Uedermünde haben unerlaubt Wertpapiere aus Mitteln der Sparfasse gekauft. Der in Anspruch genommene Kredit ist größtenteils gedeckt, und es steht zu erwarten, daß das Fehlende auch beschafft wird. Die Schuldigen sind zur Verantwortung gezogen.

Demmin. Verdorfene Revision. — Vom Reichsgericht in Leipzig ist die Revision im Strafprozeß gegen die Frau Keineke, die wegen Mordes in Berchen bei Demmin zum Tode verurteilt wurde, verworfen.

Greifswald. Eine Flaschenpost angetrieben. Am Strande von Elbena wurde ein in einer fest verkorkten Flasche befindlicher lettischer 25-Rubel-Schein gefunden, auf den folgende Worte geschrieben waren: „Auf Fahrt von Riga nach Libed schlug Blitz in Schoner „Alksnit“ am 7. 8. 1920. John Otolin, Peter Straus, Kanis Verfito, Emil Plantrin blieben gleich tot. Wir: Gustav Kalkstein, Karlis Ebsolin, Anna Plantrin treiben drei Tage auf Meer. Kein Essen.“

Putbus. Der Kronprinz wird in diesem Jahre mit seiner Familie einen längeren Aufenthalt auf Rügen verbringen. Das Jagdschloß Granitz ist ihm vom Fürsten zu Putbus zur Verfügung gestellt worden.

Handelsnachrichten.

Mittagsbörse (Amtlich) Getreide und Olsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen März, 134—138. Mitteldeutscher — Roggen März, 115—124, Westfr. — Pomn. — Braugerste 138—145. Futtergerste 127—135, Hafer März, 116—126. Weizenmehl 20 00-23 00 Roggenmehl 17 50-20 25. Weizenkleie 8. Roggenkleie 8. Raps 220. Lein. Saat 2,16—2,18.

Biktoriaerbsen 19-20. Meire Speiseerbs. 13-15 Futtererbs. 12-13 Beluscher 10-11. Ackerbohnen 13-14. Wicken 11-12. Lupiner blaue 9-10, gelbe 13-14. Seradella —. Rapskuchen 8,60-8,70. Leinkuchen 17—18. Trockenkneife 6—6,20. Kartoffelflocken 15.

Stettiner Getreidebörse. Roggen, incl. 119, Weizen, incl. 140, Hafer 120, Gerste gefrischen. Tendenz matt.

Berliner Butternotierung. Berlin, 25. Juni 1924. 1. Qualität 1,40, 2. Qualität 1,35, abfallend 1,22 Goldmark. Tendenz: ruhig.

Der Dollar 4 200 000 000 000

(unverändert)
Goldmark = 1 Million.

	25. 6.	24. 6.
	(In Millionen Mark)	(In Millionen Mark)
100 holländische Gulden	157,21	157,99
100 belgische Franken	19,15	19,25
100 norwegische Kronen	56,46	56,74
100 dänische Kronen	70,72	71,08
100 schwedische Kronen	111,12	111,68
100 Danziger Gulden	72,42	72,78
100 italienische Lira	18,10	18,20
1 englisches Pfund	18,10	18,19
1 Dollar	4,19	4,21
1 argentinischer Peso	1,34	1,35
100 französische Franken	21,99	22,11
100 schweizerische Franken	74,16	74,54
100 spanische Peseten	56,16	56,44
100 tschechische Kronen	12,39	12,43
100000 österreichische Kronen	5,91	5,93

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 25. Juni 1924.
Amtlicher Bericht.
Auftrieb: Rinder 1691 Stück, darunter 5153 Bullen, 300 Ochsen, 838 Kühe und Färsen; Kälber 1800 Stück; Schafe 5286 Stück, Schweine 8115 Stück; Ziegen 12 Stück; — Ferkel; — Auslandsschweine.

		Preise in Goldpfg. für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:		
A. Ochsen:		
a) vollfleisch., ausgem., höchst. Schlachtw., ungej. 12. Weibden.	11. Stallmaß	—
b) dto. im Alter von 4—7 Jahren		32—34
c) junge, fleischig nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete		27—30
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere		22—24
B. Bullen:		
a) vollfleischige, ausgewächs. höchsten Schlachtwerts		32—34
b) vollfleischige jüngere		28—30
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere		25—26
C. Färsen und Kühe		
a) vollfleischige, ausgemäst. höchsten Schlachtwerts		32—40
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren		32—40
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen		25—30
d) mäßig genährte Kühe u. Färsen		20—23
e) gering genährte Kühe u. Färsen		15—17
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)		22—26
II. Kälber:		
a) Doppellender feinsten Mast		—
b) feinsten Mastkälber		55—60
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber		45—50
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber		35—40
e) geringe Saugkälber		25—30
III. Schafe:		
A. Stallmaßschafe:		
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel		38—42
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe		25—35
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)		10—20
B. Weidmaßschafe:		
a) Mastlämmer		—
b) geringere Lämmer und Schafe		—
IV. Schweine:		
a) Fettfleisch über 3 Zentner Lebendgewicht		—
b) vollfleischige Schweine 240—300 Pfd. Lebendgewicht		— 49
c) vollfleischige Schweine 200—240 Pfd. Lebendgewicht		48—49
d) vollfleischige Schweine 160—200 Pfd. Lebendgewicht		47—48
e) vollfleischige Schweine 120—160 Pfd. Lebendgewicht		44—45
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht		41—42
g) Sauen		41—44
Ziegen		10—15

Marktverkauf: Bei Rindern langsam. Bei Kälbern ruhig. Bei Schafen ruhig. Bei Schweinen glatt; einzeln, ausgew. Posten über Notiz.

Amtlicher Bericht vom Magervieh Hof Friedrichsfelde. vom 25. Juni.

Auftrieb: 45 Schweine, 344 Ferkel. Verkauf des Marktes: Langsames Geschäft bei wenig veränderten Preisen. Es wurden gezahlt im Engros-Handel für Läuferfleisch 7—8 Monate alt 34—45, 5—6 Monate alt 20—30, Fülle 3—4 Monate alt 13—18, Ferkel 9—13 Wochen alt 10—12, 6—8 Wochen alt 8—10 Mark je Stück.



Kathrein's Malzkaffee
Gehört auf jeden Frühstückstisch!

Pflicht.

Erzählung von Elise Kraft.

11. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

Gerda hatte auch wirklich den Frieden. Durch Zufall hatte sie eine im Hause der Erzellenz wohnende Dame kennen gelernt, die für ihre verheiratete Tochter, die in einem Berliner Vorort wohnte, ein Kinderfräulein suchte. Gerda hatte sich selber angeboten. Sie dachte gar nicht daran, ob diese Stellung auch ihrer würdig sei, sie hatte nur das eine Gefühl, fort — nicht mehr fürchten zu müssen, dem Neffen ihrer Herrin zu begegnen. Tante und Nefse behandelten sie seit jener Sonntagsstunde nur noch wie eine Dienerin. Das hielt sie nicht aus, das duldete jetzt ihr ernstes Wollen nicht mehr, mit dem sie ihre Pflicht zu erfüllen suchte. Das war ein ganz anderer Stolz, und doch, sie fühlte, es war gut und berechtigt. So kam sie in das Haus des Fabrikanten enNeumark. Es war eigentlich eine Villa, die das junge Ehepaar bewohnte. Ein weißes, schmudes Häuschen mit einem Garten darum, der jetzt im Frühling grünte und blühte, und darin Gerda den ganzen Tag mit dem dreijährigen, süßen Kinde spielen konnte. Ein überartes, zutrauliches, kleines Ding war das! Ein Amt, das Gerda neu und fremd war, und das doch so schnell ein großes Glücksgefühl in ihr einsames Herz brachte. Als die erste scheue Zurückhaltung der Kleinen nach wenigen Tagen überwunden war und das Puppchen zum ersten Male verlangend die Arme nach Fräulein ausstreckte, verbar Gerda fassungslos den Kopf in dem Lockengewirr des Kindes. Diese Liebe kam ihr wie ein Gottesgeschenk. Diese feinen, weichen Händchen streichelten allen Kummer aus ihrem Antlitz heraus, so daß sie gar nicht anders konnte, sie mußte immer nur lachen und fröhlich sein mit dem sonnigen Dinge, das da in ihre Obhut gegeben war. Gretchens Eltern waren auch sehr gut zu ihr. Es waren wohl kaum sehr feine Leute, aber das empfand Gerda selbsterweise kaum. Sie empfand nur, sie waren gut, und eine

Ahnung überkam sie von jenem Herzensdrang, der oft einfache Menschen weit, weit über Hochgeborene stellt. Sie hegte und pflegte das kleine Mädchen nach Herzenslust, sie wunderte sich, wie unendlich schnell so ein lichtblauer Frühlingstag hier draußen verging, sie hüllte das Kind ganz und gar in ihre große Sehnsucht ein und gab an Liebe, was sie nur geben konnte. Alte Kindergebete fielen ihr wieder ein, kleine, harmlose Liedchen aus den eigenen Kindertagen, sie wachte und lebte von früh bis spät für dieses Kind und vergaß zu denken und zu wünschen, daß es wohl besser, anders sein könnte. Sie hatte ja auch kaum Zeit viel nachzudenken. Gretchens Mama war eine sehr bequeme und korpulente Dame. Das Hausmädchen konnte machen, was es wollte, das Kinderfräulein auch. Das eigne Töchterchen störte die junge Frau, die am liebsten las oder ausging. Gerda stand sogar am Klavier, als es eines Tages nottat, um Gretchens helle Ködchen und Kleidchen schnell zu haben. Sie tat es mit einer Mühe und einer Freude, daß sie sich selber fremd vorkam. Und dann schmückte sie das kleine Mädchen, wie man eine Puppe anzieht, und wurde heiß und rot vor Freude, wenn die Leute sagten: „Nein, wie das Gretchen jetzt auch immer hübsch aussieht, seit Sie hier sind!“ So verging die Zeit. Der Mai war da, und in den Nächten sang die Nachtigall im Fliederbaum unter Gerdas Fenster. Da wachte in stiller Stunde die Sehnsucht wieder auf, die alte, heiße, und die Hände falteten sich zu stummem Gebet. Einmal nur, ach einmal nur möchte ich heim, zu Vaters Grab, an das wohl nicht einer mehr in der alten Stadt gedachte. Zu der Freundin, der glücklichen Braut, zu Heinz — ihm die Hand geben und sagen: „Ich habe das damals noch nicht gewußt, was ich dir tat, laß es genug sein des Zürnens, ich bin ja längst die alte Gerda nicht mehr.“ Und so kam ein Morgen, da inmitten stirrender Maitischer vor Gerdas Kaffeetasse ein großer, dicker Brief lag. Der Fabrikant selber deutete lachend darauf hin. „Sieht aus wie eine Verlobungsanzeige, Fräulein.“ Gretchen bückte sich und hob ein zweites, kleineres Briefchen auf, das bei dem hastigen Zugreifen Gerdas vom Tisch gefallen war.

In dem großen Kubert aber stand schwarz auf weiß gedruckt, daß Gerda zur Hochzeit eingeladen war, zu Anni Wagners Hochzeit mit ihrem geliebten Oberlehrer. Das las Gerda den zweiten, kleineren Brief. Ihre Hände zitterten, in ihr Gesicht stieg heißes Rot. Anni und ihre Mutter hatten auch noch selber geschrieben. Liebe warme Worte mit der Bitte: „Komme! Mein liebes Kind!“ hatte Frau Wagner über ihre Zeilen gesetzt, „mein liebes Kind!“ Wie ein einziger großer, brausender Feuerstrom kam es bei diesen Worten über Gerda. Sie konnte sich gar nicht beherrschen, sie lachte und weinte in einem Atem, als sie endlich wieder aufblickte. Das Ehepaar ihr gegenüber blickte sie ganz erstaunt an. „Was ist denn geschehen?“ fragte Gretchens Mutter, amüsiert über die Aufregung des Fräuleins. „Haben Sie das große Los gewonnen?“ „Nein, ich bin — bin zu einer Hochzeit geladen — zur Hochzeit meiner besten Freundin“, stotterte Gerda. „Hier in Berlin?“ fragte die Dame weiter. In Gerda wuchs jäh eine große Furcht. „Wenn sie dir das nicht erlauben, wenn sie nicht wollen, daß du die weite Reise machst! Dann gehe ich doch, dann ginge ich heimlich. Anni schreibt das auch, daß ich auch ohne Erlaubnis kommen müßte.“ Sie erlaubten es aber. Herr Neumark schien sich sogar mit ihr zu freuen. Er erkundigte sich liebenswürdig über dieses und jenes aus der Seimatstadt, und als er schließlich hörte, daß Gerda seit dem Tode des Vaters noch nicht wieder daheim gewesen war, meinte er sogar dringend zu seiner Frau: „Du, Agnes, da gib dem Fräulein nur gleich eine ganze Woche Urlaub. Ehe da alle Freundinnen besucht sind, alle Erinnerungen aufgefrischt — das nimmt Zeit fort.“ Er erhob sich lachend und gab seinem Töchterchen einen liebevollen Klap auf die Wangen. „Nachher freut sich meine Maus doppelt, wenn Sie wieder kommen.“

Fortsetzung folgt.

Bruchleiden

Brüche sind heilbar ohne Operation, ohne schmerzhaftes Einspritzen, vollständig ohne Berufsstörung. In Behandlung kommen: Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel- und Bauchbrüche. Sprechstunden in Stolp: Montag, den 30. Juni, vormittags 9—2 Uhr, Preussischer Hof. Dr. med. H. L. Meyer, Spez. Arzt f. Bruchleiden, Hamburg, Schaumburgerstraße 4.

Ich war wegen meines linksseitigen Leistenbruchs bei Herrn Dr. Meyer-Hamburg in Behandlung und kann bestätigen, daß mein Bruch vollkommen verheilt ist. Ich habe keine Schmerzen mehr an der Bruchstelle und fühle mich jetzt sehr wohl. Ich kann jedermann diese Behandlung empfehlen. In meinem Beruf habe ich keine Einbuße gehabt. Neustettin i. Pom.

Hermann Brieser, (Eis-Rottensührer)

Um die Leidenden vor den Pfüchern zu schützen, die mit es nachzumachen versuchen, liegen über 100 amtlich beglaubigte Zeugnisse aus allen Gegenden in der Sprechstunde aus.

Wegen Reparatur

habe ich meine

Mühle

auf ca. 3 Wochen stillgelegt und kann während dieser Zeit eine Abfertigung bei Mahlkundschaft nicht stattfinden.

Albrecht, Neumühl.

Feuerversicherungs-Gesellschaft

angesehene, die fast sämtliche Versicherungszweige betreibt, sucht gegen hohe Bezüge an allen Plätzen der Provinz Pommern tüchtige, gewissenhaft arbeitende

Werbeamte

mit guten Beziehungen. Angebote unter N. 406 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volksküche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volksküche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.

Die städt. Volksküche
Reitbahn, Fernruf 1009.

Wegen der ungünstigen Witterung findet die Auf-
führung von

„Gyges und sein Ring“

im Schützenhaus-Theater statt.

Anfang 8 Uhr.

Kartenverkauf in der Musikalienhandlung Felix Albrecht und ab 6 Uhr an der Theaterkasse.

Die Direktion der Freilicht-Festspiele.

Alfred Crau, Stolp i. Pom.

Fernruf 826 Lederlager — Techn. Geschäft Holstentorstraße 24

Größtes Lager am Platze in

besten Kernleder-Treibriemen

Haarriemen : Baumwollriemen : Hanfriemen

Riemenverbinder aller Art — Holzriemenscheiben — Treibriemenwachs

Maschinen- und Zylinder-Oele

Konsist. Fett — Wagenfett — Lederfett

Asbest- und Dichtungsplatten — Packungen — Putzwolle

Bekleidungsleder Pumpen-Manschetten Möbelleder



Zu beziehen durch die Drogenhandlungen und die Friseure.

Kupferkessel

in bester Ausführung (handgearbeitet)
sämtliche Kupferschmiedearbeiten
fertigt an
Max Schwarz, Kupferschmiedemeister
Stolp i. Pom. Wollweberstr. 2.

Reinenhaus & Bartels Wwe. & Sohn,
Friedland, Bezirk Breslau
empfiehlt
Reinen, Halbleinen und
Baumwollwaren
zu niedrigsten Preisen.
Spezialität: Taschentücher und Battierleinen.

Große deutsche Feuerversicherung

die sämtliche Versicherungszweige betreibt, sucht für Stolp und Umgebung sofort tüchtigen

Beretreter

gegen allerhöchste Bezüge, die bei Energie und Fleiß eine sichere Existenz gewährleisten. Gest. Bewerbungen unter N. 155 an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Gänsefedern

weiß und daunig zum Selbstreiben p. Pfd. 1.75 Mark, rein weiße Gänsehalsdanne, füllfertig p. Pfd. 4.— Mk., versendet in reeller Ware portofrei p. Nachnahme

Pommersche
Bettfedernfabrik
Otto Lubs
Stettin-Gradow.

St. Maier
Quellbad
zum Gurgen bei Kalarheim

Zuverlässige
Zeitungsträger
für sofort gesucht.
Verlag der Zeitung
„Stolper Post.“